

Italien

Roman Maruhn

Roms Europapolitik droht einmal mehr zum Spielball der innenpolitischen Entwicklungen des Landes zu werden: Mit den vorgezogenen Neuwahlen vom 13./14. April 2008 wurde die europafreundliche Regierung des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi von der rechtsgerichteten Koalition unter Silvio Berlusconi abgelöst. Dessen letzte Amtszeit von 2001 bis 2006 ist als eine der schwierigsten europapolitischen Phasen Italiens zu bewerten. Für die neue Regierung Berlusconi wird gerade das Thema Europa zu einem Prüfstein ihrer politischen Verlässlichkeit und internationalen Koalitionsfähigkeit werden. Dies gilt umso mehr als Italien in einer Reihe von Sachfragen unter besonderer Beobachtung der EU-Institutionen und Mitgliedsländer steht.

Ende der Regierung Prodi II

Spätestens seit Herbst 2007 hatte es deutliche Hinweise auf ein vorzeitiges Ende der Regierung Prodi II gegeben: Das weit gespannte Wahlbündnis *Unione* war nach dem knappen Wahlsieg vom 9./10. April 2006 im politischen Alltag wieder in seine Einzelteile zerfallen und zeigte zu wenig äußere Geschlossenheit und inneren Zusammenhalt, um eine in der Bilanz als eher erfolgreich zu beurteilende Regierungsarbeit¹ auch entsprechend positiv nach außen zu kommunizieren. Zudem ging Prodi mit einer schweren Hypothek in seine kurze zweite Amtszeit: Nach einem besonders vom Berlusconi-Lager mit äußerster Härte und wenig Fairness geführten Wahlkampf hatte die Regierung nur eine äußerst knappe Mehrheit im Senat. Diese Mehrheit ging Prodi beim Versuch von Reformpolitik regelmäßig verloren: Einmal mehr erwiesen sich die kleinen Koalitionspartner – die *Rifondazione Comunista* und die *Comunisti Italiani*, aber auch die Klientelisten-Partei *UDEUR* *Clemente Mastella* – als besonders unzuverlässig. Prodi musste um die Stimmen der sieben auf Lebenszeit ernannten und eigentlich *supra partes* agierenden Senatoren werben, was den Zusammenhalt der Koalition zusätzlich gefährdete und die Opposition die Mehrheitsfähigkeit der Regierung anzweifeln ließ.

Oppositionsführer Berlusconi setzte die Regierung von Beginn an unter massiven Druck: Ausgehend davon, dass er zu Beginn das Wahlergebnis nicht anerkannte, sprach er in der Folge der Regierung ihre Legitimation ab und forderte Neuwahlen. Neben der inneren Zerstrittenheit der Prodi-Regierung und der entsprechend verheerenden Außenwirkung war es die angesichts der fortgeschrittenen Politikkrise, in der sich Italien befindet, äußerst fragwürdige Totalopposition Berlusconis, die zuletzt auch angesichts massiver Veränderungen im Parteiensystem zum schnellen vorzeitigen Ende des zweiten Mandats Romano Prodis geführt hat.

1 Roman Maruhn: Expertengutachten Italien, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Reformindex der Bertelsmann Stiftung (BRI) 2008, Gütersloh 2008

Neue Sammlungsparteien und Allianzbildungen: PD vs. PdL

Unter dem Siegel Ulivo waren die Democratici di Sinistra und die Margherita bereits in der Wahl zur Abgeordnetenversammlung 2006 mit einer gemeinsamen Liste angetreten und bildeten eine feste Fraktionsgemeinschaft. Diese Entwicklung mit dem Ziel einer vollständigen Fusion zu einer gemeinsamen Partei wurde während der Amtszeit Prodis konsequent weiter geführt und am 14. Oktober 2007 wurde der Bürgermeister von Rom Walter Veltroni in einer öffentlichen Vorwahl zum Generalsekretär der neuen Demokratischen Partei (Partito Democratico, PD) gewählt. Angesichts der Uneinigkeit im Oppositionslager bestand eine realistische Chance, dass der PD zur stärksten Partei Italiens werden könnte. Dabei ist der PD, trotz seines Ursprungs aus der Fusion zweier bestehender Parteien dennoch – zumindest für Italien – als Partei neuen Typs zu betrachten: Er ist nicht mehr nur in erster Linie eine klassische Mitgliederpartei, sondern eine eher offene Sammlungspartei, deren Zielsetzung es ist, nicht nur die gemeinsamen Mitgliederzahlen und Wählerpotenziale zu addieren, sondern auch neue Wählerschichten besonders der bürgerlichen Mitte und auch gemäßigten Rechten zu erschließen. Zentrale Instrumente sind neue Partizipationsmöglichkeiten wie eben die Ur- bzw. Vorwahlen, die den in den USA üblichen Primaries ähneln. Die daraus entstandene „Sympathisantenpartei“ folgt in der Bestellung ihrer Spitzenposition demnach zwar eher dem amerikanischen Parteienmodell, aber die Rekrutierung der Kandidaten, die zwar auch nicht parteigebundene Personen des öffentlichen Lebens berücksichtigt, bleibt weiterhin der Entscheidung des Parteiapparats vorbehalten. Gegenwärtig scheint diese Idee für die spezielle Situation Italiens einer Vertrauens- und Politikkrise geeignet, auch wenn es sich dabei zum Teil um politische Kosmetik handelt.

Der PD präsentierte sich für die Wahlen in einer kleinen und kompakten Koalition zusammen mit der Italia dei Valori (Italien der Werte, IdV) von Mani Pulite-Staatsanwalt Antonio di Pietro. Zwar waren bereits im Gründungsprozess verschiedene kleinere politische Parteien und Gruppen dem PD beigetreten und die Binnenmischung aus einer sozialdemokratischen Partei mit reformkommunistischer Vergangenheit und einer Katholiken nahe stehenden Partei mit christdemokratischen Wurzeln sorgt bis heute noch für programmatische und ideologische Diskussionen und Kontroversen, aber dennoch halten die neuen Führungsstrukturen gut zusammen und verleihen der Partei ein überraschend kompaktes äußeres Auftreten. Angesichts der Diskussion in Italien um das Wahlrecht für die Europawahl im Juni 2009 stellt sich für den PD einmal mehr die Frage nach seiner politischen Heimat in Europa: Bisher gehört die Partei in ihren Gründungsflügeln sowohl der sozialdemokratischen SPE als auch der liberalen ALDE an, aber die SPE hatte erst in jüngster Zeit ihr Statut geändert und sich damit allen europäischen Parteien sozialistischer, progressiver und demokratischer Prägung geöffnet, was freilich auch den PD einschließen würde.

Während sich die gemäßigte Linke und Teile der politischen Mitte also neu formierten, schien Berlusconi Gegenmaßnahme in Form der Gründung einer rechten Sammlungspartei zu scheitern: Zu groß war der Widerstand der kleinen christdemokratischen UDC gegen die Führungsrolle Berlusconi und auch dessen traditioneller Partner Alleanza Nazionale (AN) unter Gianfranco Fini ließ sich die Optionen länger offen. Schließlich gelang doch noch die Gründung des von Berlusconi dominierten Popolo della Libertà (PdL – Volk der Freiheit) aus AN und Forza Italia und durch eine auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinenden Bündnispolitik mit der in Norditalien starken separatistischen Lega Nord (LN) und dem besonders in Sizilien starken Movimento per l'Autonomia (MpA – Bewegung für Autonomie) hatte das Mitte-Rechts-Lager bereits vor den Wahlen arithmetisch

die Mehrheit der Parlamentssitze zumindest in der Abgeordnetenkommer fast sicher erobert. Mehr oder weniger offen blieben lediglich die Machtverhältnisse im Senat: Hier hätte ein knapper Wahlausgang wiederum zu einer instabilen Mehrheit für das Berlusconi-Lager führen können.

Im Fazit gingen auf beiden politischen Seiten verhältnismäßig kleine und kompakte Koalitionen in die Wahl², wobei die politischen Widersprüche, gerade was die staatliche Ordnung Italiens in der Zukunft betrifft, im Berlusconi-Bündnis deutlich größer sind. Die zweifellos mutige Entscheidung des PD, auf eine breite Anti-Berlusconi-Koalition zu verzichten, führte 1. zu relativ gemäßigten Wahlbündnissen sowohl auf der Linken als auch auf der Rechten, 2. zu dem eigentlich absehbaren Wahlerfolg Berlusconis, 3. zu einer konstitutiven Stärkung des PD durch die möglich gewordene Alleinstellung im Wahlkampf und 4. zum impliziten Machtverzicht Walter Veltronis und auch seiner persönlichen politischen Verantwortung dafür, dass Italien ein weiteres Mal von Silvio Berlusconi regiert wird. Demgegenüber stehen aber auch positive Aspekte wie die Abkoppelung der extremen politischen Rechten und der Linken von der politischen Mitte und deren Ausscheiden aus dem Parlament. Gerade die Erfahrungen aus der Regierung Prodi II und auch der Regierung Berlusconi von 2001 bis 2006 haben scheinbar den beiden eher als gemäßigt zu bezeichnenden politischen Lagern gezeigt, dass trotz des breite Allianzen favorisierenden Wahlrechts eine freiwillige Beschränkung der Bündnispartner notwendig ist, um in irgendeiner Weise vorzeigbare Ergebnisse politischen Regierens vorweisen zu können.

Die Neuwahlen 2008 und ihre innenpolitische Folgen

In ihrer Gesamtheit erlitt die politische Linke eine verhältnismäßig schwere Niederlage: Entgegen dem prognostizierten knappen Wahlausgang – Veltronis PD war eine massive Aufholjagd in den letzten Wahlkampfwochen prophezeit worden – kam die Berlusconi-Allianz auf 344 Mandate in der Abgeordnetenkommer und im Senat auf 174 von insgesamt 315 Sitzen gegenüber 132 Sitzen des Bündnisses aus PD und IdV, das in der Abgeordnetenkommer 246 Mandate erreichte. Damit fiel der Vorsprung Berlusconis im Senat wesentlich deutlicher aus als erwartet, was eine überraschend stabile Position des siegreichen PdL mit LN und MpA zur Folge hatte.

Eine weitere Überraschung war, dass die in der Liste La Sinistra-Arcobaleno zusammengeschlossenen linken Parteien Rifondazione Comunista, Comunisti Italiani und die Grünen in beiden Kammern an den Sperrhürden scheiterten und auf nationaler Ebene nicht mehr parlamentarisch vertreten sind. Lediglich die christdemokratische UDC konnte sich als unabhängige Kraft mit einer geringen Mandatszahl sowohl in Abgeordnetenkommer als auch in Senat halten.

Mit 80,5 Prozent war die Wahlbeteiligung zwar nicht ganz so hoch wie bei der Lagerwahl von 2006, aber angesichts starker Kritik an der politischen Klasse und den Parteien an sich ist diese Mobilisierungsrate trotz der geltenden Wahlpflicht erstaunlich, hatte doch das Wort der „Antipolitik“ verbunden mit der Protestbewegung von Beppe Grillo auch den Wahlkampf beherrscht.

2 Das Wahlsystem mit den Anreizen von Mehrheitsprämien für erfolgreiche Wahlbündnisse bedingt eine Koalitionsentscheidung vor der Wahl, was einerseits zu Blockadekonstellationen und andererseits zu einer künstlichen Einschränkung der Koalitionsbildung führen kann.

Außerdem ist bemerkenswert, dass es nach der fehlenden Einigung auf ein neues Wahlsystem – nach der Wahl 2006 stimmten alle politischen Kräfte überein, dass das 2005 handstreichartig verabschiedete Wahlgesetz geändert werden müsse – fast keine Diskussion mehr über dieses konzeptionell höchst umstrittene Wahlrecht stattfand: Im Endeffekt läuft dieses nämlich einer Konzentration der politischen Kräfte und ihrer Repräsentation in den Parlamenten eigentlich entgegen und ist auch eine wesentliche Ursache dafür, dass italienisches Regierungshandeln nur unterdurchschnittliche Ergebnisse erreicht.

Als interessanter Begleiteffekt ist festzustellen, dass durch die „Mehrheitsprämie“ von 340 Sitzen bei Erreichen der relativen Mehrheit im Abgeordnetenhaus der Senat³ eine Stärkung seiner politischen Bedeutung erfahren hat, da hier die Mehrheitsverhältnisse unklar bzw. knapper ausfallen können, während dies in der Kammer nahezu unmöglich ist. Das und die Notwendigkeit der Bildung von Koalitionen vor der eigentlichen Wahl selbst sind massive Eingriffe in die Abbildung des Wählerwillens, das parlamentarische und politische System Italiens an sich, die eine institutionelle Debatte und gegebenenfalls auch Korrektur benötigen, da die gegenwärtige Situation strukturell weder für stabile Regierungsmehrheiten sorgt noch den Wählerwillen hinreichend gerecht abbildet. Andererseits stellt sich aber auch die Frage, inwieweit das Wahlrecht in Italien als Teil der materiellen Verfassung betrachtet wird: Im Gegensatz zu Deutschland darf hier eine pragmatischere Umgangsweise – auch zum Zweck der Machtsicherung der aktuellen Regierungsmehrheit – vermutet werden. Dennoch stellt sich natürlich auch in Italien ständig die Frage, ob Wahlen prioritär der Bestellung und Stabilität der Regierung oder eher der Vielfalt und Repräsentation der Wähler dienen sollen bzw. wie man beide Aspekte sinnvoll vereinen kann.

Vom bipolaren Lager- zum Zweiparteiensystem?

Eine bipolare politische Ordnung galt in Italien lange Zeit als zentrales Ziel der politischen Debatte. Durch das Wahlergebnis von 2008 scheint nicht nur das erreicht zu sein, sondern Italien sich strukturell – zumindest auf der parlamentarischen nationalen Ebene – einem Zweiparteiensystem oder zumindest an ein System mit zwei für die Regierungsbildung relevanten und essentiellen Parteien anzunähern. Die zentrale Frage bleibt aber, ob diese vermeintliche Konsolidierung der Parteienlandschaft auch nachhaltig ist oder nicht einmal mehr nur Ergebnis der Anpassungsfähigkeit der Parteien an die jeweils gültige Norm des Wahlrechts ist.

Der Ernst der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage scheint aber dennoch in der Politik angekommen zu sein, was auch zu einer Mäßigung der politischen Lager im Wahlkampf zumindest gegenüber 2006 geführt hat. Über die sowohl von Veltroni als auch Berlusconi verkündete Bereitschaft zur Zusammenarbeit besonders in der Frage institutioneller Reformen über die Parteigrenzen hinweg gibt es Mutmaßungen über eine Absprache zwischen den beiden Kontrahenten im Wahlkampf, um das von den Parteipolitikern besonders Beppe Grillo und den Autoren des die politische Klasse kritisierenden Erfolgsbuchs „La Casta“ zugeschriebene Phänomen der Antipolitik zurückzudrängen. Mit dieser These ließe sich auch das nach dem klaren Wahlsieg Berlusconis besonders merkwürdige Angebot Veltronis zur Zusammenarbeit und dem von ihm dann später verkündeten „Ende des

3 Traditionell als zweite und tendenziell nachrangige Kammer betrachtet, weil sowohl aktives wie passives Wahlalter mit 25 bzw. 40 Jahren restriktiver ausfallen als in der Camera dei Deputati und diese damit die italienische Bevölkerung umfangreicher repräsentiert als der Senat.

Dialogs“ mit Berlusconi erklären. Dennoch hat auch Veltroni Kapital aus seiner Niederlage gezogen: 2008 war für ihn der beste Zeitpunkt, um mit einem Alleingang und der einkalkulierten Niederlage des PD das Profil der neuen Partei zu schärfen, sie für eine in der Zukunft mögliche Regierungsübernahme zu positionieren und die extreme Linke zumindest vorerst zu eliminieren. Allerdings existieren mit dem relativen Wahlerfolg der IdV und der UDC als dritter unabhängiger Kraft im Parlament immer noch zwei Konkurrenten, die sich ebenfalls um die Stimmen der politischen Mitte bzw. progressiver Wähler bemühen und nicht Teil des Berlusconi-Blocks sind.

Berlusconi IV

Die Politik des mittlerweile vierten Kabinetts Berlusconi in seiner dritten Regierungszeit lässt bisher zarte Unterschiede zum Politikstil von 2001-2006 erkennen: Zwar stellt sich die Machtfrage und der Verbleib an der Regierung für den Ministerpräsidenten scheinbar jeden Morgen neu, aber es lassen sich Spuren inhaltlicher Kontinuität zur Regierung unter Romano Prodi erkennen: So hielt sich Berlusconi mit Invektiven gegen seinen Vorgänger oder Kontrahenten verhältnismäßig zurück, der Machtwechsel verlief weitgehend geräuschlos und die laufenden Politiken wurden nicht unbesehen zusammengestrichen. Gleichwohl steht das persönliche Wohlergehen des Regierungschefs besonders in seinen Auseinandersetzungen mit dem Gesetz einmal mehr ganz oben auf der Agenda der Koalition. Direkt danach aber folgt der Punkt, die politischen Zielsetzungen der Bündnispartner reihum zumindest auf dem Papier zu erfüllen und damit für Frieden in der Koalition zu sorgen. Ein großer Teil der Aufmerksamkeit der Regierungsarbeit wird populären Projekten und symbolpolitischen Maßnahmen gewidmet, die hohe Zustimmungsraten in der Bevölkerung sichern sollen. Dennoch ist die Grundaussage der Regierung Berlusconi der Prodis nicht unähnlich, nämlich dass bis auf die versprochenen Wahlgeschenke wie den bereits 2006 angekündigten Wegfall der kommunalen Eigenheimsteuer keine Entlastungen zu erwarten sind. Der aktuelle Regierungsstil stellt sich in allem etwas geschickter dar und das Kabinett vermittelt ein glaubhaftes Interesse an seriöser Sachpolitik bei der Bewältigung seiner Herausforderungen. Dennoch stellt die persönliche Interessenpolitik Berlusconis wie die Bagatellisierung von Strafverfahren, die mit weniger als zehn Jahren Gefängnis bestraft werden, die Immunität für die vier höchsten Staatsämter oder auch die Beschränkung von Telefon- und Raumabhörungen auf wenige Straftatbestände nicht nur ein Kuriosum dar, sondern gefährdet die Rechtsstaatlichkeit. Auch die Berufung kritischer Personen wie Roberto Calderolis zum Minister hat sogar zu internationalen Verstimmungen geführt. Das Regieren unter Umgehung des Parlaments in Form von Gesetzesdekreten bedroht das Parlament in seinen Grundfunktionen und hat bereits zu einem stillen Protest von Abgeordneten der Regierungsmehrheit durch mangelnde Abstimmungsdisziplin und damit auch entsprechenden Abstimmungsniederlagen geführt. Parlamentarier des PdL haben erstmals offen gegen die Praxis von mit der Vertrauensfrage bewehrten Gesetzesdekreten protestiert und besonders der aus der AN stammende Flügel der PdL kritisiert einen zunehmend autoritären und präsidialen Regierungsstil.

Nachholbedarf und Defizite der Regierungspolitik

Italien steht vor der massiven Herausforderung, nachhaltige Politiken zu implementieren. Im Umweltbereich beispielsweise sind bisher notwendige Maßnahmen ausgeblieben. Gegenüber dem globalen Durchschnitt hat sich die Durchschnittstemperatur in Italien um

das Vierfache erhöht. Perioden längerer Trockenheit sind im ganzen Land ein Problem und Desertifikation ist nicht nur im Süden eine Bedrohung, sondern auch und besonders in der Poebene.

Auch die Frage der inneren Sicherheit und der Kontrolle des nationalen Territoriums hat sich zugespitzt: Gewalt durch und gegen Ausländer, aber auch gezielte Gewaltaktionen durch vorwiegend rechtsextremistische Fußballfans belegen gravierende Probleme in der Frage der öffentlichen Ordnung. Mittlerweile leben nach Schätzungen der italienischen Caritas fast vier Millionen Ausländer in Italien. Die Entwicklung ist hoch dynamisch, in Jahresfrist hat die Zahl der Ausländer um 21,6 Prozent zugenommen. Allein 2006 sind 500.000 Einwanderer nach Italien gekommen. Bereits 6,2 Prozent der Bevölkerung sind Ausländer im Vergleich zum EU-Durchschnitt von 5,6 Prozent. Für die Integration dieser Ausländer gibt es keine ausreichenden politischen, sondern eher repressive Maßnahmen: So soll der Einsatz des Heeres in italienischen Großstädten das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöhen und die erkennungsdienstliche Erfassung von Roma deren Existenz in der Illegalität beenden. In einigen Teilen ist dies die Fortführung der Sicherheits- und Ausländerpolitik der Regierung Prodi. So hatte im Herbst 2007 nach einigen Gewaltverbrechen durch Ausländer, die von Medien hoch gepetscht wurden, die Regierung per Gesetzesdekret die Möglichkeit geschaffen, Ausländer – auch EU-Bürger – abzuschieben, wenn sie Verbindungen zu terroristischen Organisationen haben oder eine sonstige Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen. In der Folge hatte der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, Besorgnis über die Situation von Roma und Sinti in Italien ausgedrückt. Der damalige Innen- und Justizkommissar Franco Frattini verteidigte diese Maßnahme und erklärte sie für konform mit EU-Recht, worauf das Europäische Parlament ihn wegen der Verletzung der Grundsätze des freien Personenverkehrs in der EU rügte.

Zwischen Stagnation und Rezession

Die Infrastrukturprobleme konzentrieren sich in erster Linie auf das Symbol der halbstaatlichen Alitalia: Am 4. April 2008 zog sich Air France-KLM aus den Verkaufsverhandlungen um die Alitalia zurück. Berlusconi hatte das Thema im Wahlkampf instrumentalisiert und forderte eine italienische Lösung. Mittlerweile ist die Rettung der Luftlinie zwar Priorität der Regierung; sollte sie gelingen, wird es die Alitalia nur noch dem Namen nach geben.

In der Energiepolitik zeichnet sich eine politische Wende ab: Nach dem französisch-italienischen Energiepakt im Dezember 2007 – der italienische Stromriese Enel kauft sich mit 12,5 Prozent am neuen französischen Atomkraftwerkprogramm von EDF ein; im Gegenzug kann EDF auf Enel-Stromkapazitäten aus Beteiligungen in Osteuropa zugreifen und erhält Zugang auf den italienischen Markt – kündigte die Regierung Berlusconi an, wieder in die Atomkraft einsteigen zu wollen. Nachdem infolge eines Referendums über die Atomkraft 1990 das letzte von insgesamt vier Kernkraftwerken abgeschaltet worden war, gilt der Wiedereinstieg in die Atomenergie auch als Signal für die europäische Energiepolitik.

Vertrag von Lissabon

Kurz vor der Einigung auf den Vertrag von Lissabon stemmte sich Italien gegen die neue nationale Sitzaufteilung des Europäischen Parlaments (EP) ab 2009, die auf der Basis von Einwohnern und nicht Bürgern berechnet werden sollte. Rom kündigte den Gang vor den Europäischen Gerichtshof an, schloss aber eine Blockade des Reformvertrags aus. Hinter

diesem Manöver steckte das Ziel Italiens, an der bisher gleichen Abgeordnetenzahl wie Frankreich und Großbritannien im EP festhalten zu wollen. Nach der neuen Regel hätte Italien sechs, Großbritannien fünf und Frankreich lediglich vier Mandate aufgeben müssen – eine für Rom inakzeptable Lösung. Das Ergebnis des Europäischen Rats vom 18. Oktober 2007 sah neben der Einigung auf den Vertrag von Lissabon einen zusätzlichen Abgeordnetenplatz für Italien vor, das dann mit 73 eben so viele Mandate wie Großbritannien, aber eins weniger als Frankreich stellt. Dieser zusätzliche Sitz gilt aber nur dann für die Legislaturperiode des EP von 2009 bis 2014, wenn der Vertrag von Lissabon Kraft tritt.

Nach der einstimmigen Ratifizierung durch den Senat am 23. Juli 2008 erfolgte die Ratifizierung des Vertrags in der Abgeordnetenkammer am 31. Juli 2008 mit der großen Mehrheit von 551 Stimmen ebenfalls ohne Gegenstimmen und wurde kurz vor der politischen Sommerpause zum europapolitischen Votum für die Umsetzung des Vertrags von Lissabon durch alle EU-Mitgliedstaaten stilisiert. Die Abgeordneten der Lega Nord, immerhin Teil der Regierung, enthielten sich allerdings der Stimme. Im Gegenzug verzichtete die LN aber auf ihre Forderung nach einem Referendum über den Vertrag. Die LN ist traditionell europaskeptisch bis europafeindlich eingestellt, ließ sich aber von Regierungschef Berlusconi in der Frage der Ratifizierung kontrollieren. Vermutlich hätten auch die Abgeordneten der extremen Linken (PRC) gegen die Ratifizierung gestimmt. Sie sind aber nicht mehr im Parlament vertreten. Italien ist der 24. Mitgliedstaat der EU, der den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Der Regierung Berlusconi gelang damit, ein positives europapolitisches Zeichen zu setzen.

Berlusconi, Italien und Europa

Unter der Regierung Prodi war Europapolitik aus Rom wieder seriöser, berechenbarer, konstruktiver geworden, behielt aber eine gewisse Härte in der Bemühung um Durchsetzung italienischer Positionen bei. Die Beiträge der italienischen Europapolitik ließen sich von ihrer Qualität her sehen und vermissten auch nicht den Versuch, strategische Allianzen zu schließen: So forderte der damalige italienische Wirtschafts- und Finanzminister Tommaso Padoa-Schioppa im Dezember 2007 in Reaktion auf die grenzüberschreitende Kredit- und Bankenkrise eine integrierte EU-Bankenaufsicht und am 20. Dezember 2007 schlugen Nicolas Sarkozy, Romano Prodi und José Luis Zapatero mit dem „Appell von Rom“ die Errichtung einer Mittelmeerunion vor.

Dagegen schwankten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Reaktionen auf den Wahlsieg Silvio Berlusconis zwischen höflicher diplomatischer Gratulation, Desinteresse, Verständnislosigkeit und sogar offener Ablehnung. Ganz klar macht es der Ministerpräsident mit seiner Person Italien in der Europäischen Union nicht leichter. Rom droht einmal mehr die Gefahr in die Isolation zu geraten. Berlusconi kann es grundsätzlich auch nicht verhindern, dass seine eigene Person, sein Interessenkonflikt als Politiker und Unternehmer, seine anhängigen Verfahren und seine Versuche, diesen durch kreative Gesetzgebung zu begegnen, auf europäischer Ebene diskutiert werden: Politisches Personal ist in der EU eben nicht nur Gegenstand von nationalen, sondern auch von europaweiten Diskursen.

Eine erneute Hypothek der Regierung ist der durch die Wahlen erstarkte Koalitionspartner Lega Nord: Ihr Problem und eben auch das der Regierung Berlusconi liegt in der radikalen Positionierung der LN als auf nationaler Ebene separatistische und auf europäischer Ebene europafeindliche Bewegung. Verschärft wird dieser Umstand durch eine pro-

tektionistische Wirtschaftspolitik und eine offen ausländerfeindliche Haltung. Dies sind alles Charakteristika, die bereits auf nationaler Ebene die LN zum Gegenstand einer *conventio ad excludendum* bei Regierungsbildungen machen müssten. Was die europäische Ebene betrifft, ist die LN weder den anderen Mitgliedstaaten noch den europäischen Institutionen als Regierungspartner vermittelbar. Die politischen Kräfte um Berlusconi – der PdL und auch Berlusconis Weggefährte Gianfranco Fini – haben bei der Koalitionsbildung vermeintliche Grundprinzipien ihrer Parteien wie die proeuropäische Grundhaltung dem machtpolitischen Kalkül der Regierungsübernahme geopfert.

Mit 134 Vertragsverletzungsverfahren (Stand: 15. Februar 2008) ist Italien Spitzenreiter bei EU-Rechtsbrüchen. Besonders Roms Industriepolitik (vgl. Alitalia) wird von der Europäischen Kommission nach einschlägigen Fällen scharf beobachtet. Internationale Wettbewerber haben wiederholt besonders italienischen Unternehmen und dem Staat verbotene Staatsbeihilfen vorgeworfen. Aufgrund der großen Zahl von illegalen Einwanderern über das Mittelmeer wird deren Behandlung durch die italienischen Behörden kritisch von humanitären Organisationen beobachtet. Wegen der Müllkrise in Neapel und Umland ist Italien von der Europäischen Kommission vor den Europäischen Gerichtshof gebracht worden. Sorgfältig wurde auch die Bestellung des neuen italienischen Kommissars – Franco Frattini kehrte als Außenminister nach Rom zurück, was an sich auch als ein politisches Signal gegenüber der EU verstanden werden kann – Antonio Tajani beobachtet, der aus den Reihen des Europäischen Parlaments kommt. Von der Regierung Berlusconi wurde auch akzeptiert, dass Tajani nicht Frattinis sensibles Ressort Innen und Justiz übernimmt, sondern nach einer Rochade sich um die Verkehrspolitik von seinem Vorgänger Jacques Barrot kümmert. Wenn also ein Mitgliedstaat zurzeit die volle Aufmerksamkeit von Kommission und Parlament genießt, dann ist das Italien. Diese Tatsache ist Rom durchaus bekannt und bewusst. Entsprechend wird der letzte Versuch zur Rettung und Überführung der Alitalia in Privatbesitz auch in einem sorgfältigen Prozess zwischen der italienischen Regierung und Brüssel abgestimmt.

Wegen dieser sensiblen europapolitischen Lage sollte eigentlich zu erwarten sein, dass sich bei Berlusconi und seinen politischen Verbündeten gerade nach den Erfahrungen der Regierungszeit von 2001 bis 2006 ein Lernerfolg eingestellt hat: Italien kann nicht gegen die europäische Integration und die Europäische Union regiert werden.

Weiterführende Literatur

- Sophia Burkhardt: Programmfabrik gegen Medienimperium. Neue Kampagnenstrategien im italienischen Wahlkampf 2006, Baden-Baden 2008.
- Stefan Köppl: Das politische System Italiens, Wiesbaden 2007.